

# Notgroschen für Bundeswehropfer

Berlin. Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) hat sich gegen hohe Geldzahlungen an einzelne Familien von zivilen Opfern des Bombardements bei Kundus Anfang September ausgesprochen. »Jede Form von Entschädigung sollte landestypisch sein und keinen neuen Unfrieden säen«, sagte der Minister zu Spiegel online. Eine mögliche Regelung des Vorfalls nach europäischem oder US-amerikanischem Vorbild berge die Gefahr, daß in der bettelarmen Region Kämpfe um das Geld einsetzen könnten. Die Bundeswehr bemüht sich dem Bericht zufolge derzeit um eine außergerichtliche Einigung. Am Wochenende flog die Truppe den Bremer Anwalt Karim Popal, der die afghanischen Familien von 137 Opfern vertritt, nach Nordafghanistan. Ziel der Reise sei eine gemeinsame »Lagefeststellung« gewesen. (AFP/jW)  
*<https://www.jungewelt.de/artikel/137606.notgroschen-für-bundeswehropfer.html>*